

POLEN  
STEPHAN RAABE

September 2007

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Wie soll es weiter gehen mit dem Verfassungs-/Reformvertrag?

**Sehr geehrte Herren Bischöfe, Herr Stadtpräsident, Magnifizienz, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, zunächst allen ein herzliches Grüß Gott. Ich freue mich sehr, Sie heute hier im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung zu dieser Diskussion zum Thema „Europa – Wie weiter?“ begrüßen zu dürfen.**

Sehr herzlich möchte ich den Präsidenten des Europäischen Parlamentes, unseren heutigen Hauptredner unter uns begrüßen, Herrn Professor Hans-Gerd Pöttering. Ebenfalls sehr herzlich begrüße ich unsere Diskutanten, Frau EU-Kommissarin Prof. Danuta Hübner und den Vertreter des Europäischen Parlamentes bei den laufenden Regierungsverhandlungen, Herrn Abgeordneten Elmar Brok von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands CDU. Herrn Redakteur Marek Zajac danke ich für die Moderation der Diskussion und Herrn Weihbischof Pierson und dem PO-Abgeordneten Boguslaw Sonik für die gute Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Vorbereitung dieser Veranstaltung.

Erlauben sie mir am Anfang einige Anmerkungen zu den aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen, die von großer Bedeutung für die weitere fruchtbare Entwicklung in Europa sind. Ich bitte um Verständnis, dass ich nun auf Deutsch weiter sprechen werde.

Der politische Dialog zwischen Polen und Deutschland in Europa gestaltet sich derzeit schwierig. Harte Worte fallen in der letzten Zeit von polnischer Seite in der politischen Auseinandersetzung. Unverständnis herrscht in Deutschland vor. Umso mehr freuen wir uns über diejenigen, die unserer Einladung zur Europakonferenz und zu dieser Debatte gefolgt sind und sich der Dis-

kussion stellen. Das gehört zur guten demokratischen Tradition in Europa.

Leider war es uns nicht möglich nach der kurzfristigen Verschiebung der Rede des polnischen Staatspräsidenten auf unserer Konferenz vom Nachmittag auf den heutigen Vormittag einen Vertreter der Regierung oder der regierenden Partei zu bekommen für die folgende Diskussion über die Europäische Union. Das ist bedauerlich, denn gerade wenn es Probleme gibt, wenn es Meinungsunterschiede gibt, ist ein offener Austausch der Argumente, ist ein kritisch-konstruktiver Dialog wichtig, um politischen Verengungen entgegenzuwirken.

Der polnische Außenminister Prof. Władysław Bartoszewski hat in seiner wichtigen und großen Rede vor dem Deutschen Bundestag 1995 festgestellt, das europäische Projekt werfe solange nicht glücken, wie es keine wirkliche Verständigung zwischen Polen und Deutschen gibt. Angesichts der aktuellen Probleme und Konfrontationen auf der politischen Ebene im polnisch deutschen Verhältnis, geben diese Worte Bartoszewskis sehr zu denken. Die Abrechnungen mit der Vergangenheit, so Prof. Bartoszewski 1995 zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, seien häufig ein Akt des Mutes.

Sehr mutig waren die versöhnlichen Worte der polnischen Bischöfe 1965 „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Mutig war das Schreiben führender deutscher und polnischer Katholiken im Sommer 1989, als sie nach dem demokratischen Wandel in Polen und bereits Monate vor dem Mauerfall die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der deutsch-polnischen Grenzen forderten. Mutig und zukunftsweisend waren auch die

Worte Bartoszewskis vor dem Deutschen Bundestag 1995.

Leider müssen wir aber heute auch feststellen, dass diese mutigen Worte und Zeichen offenbar dem Stand des historischen Bewusstseins und der moralischen Bereitschaft vieler maßgeblicher Politiker der heutigen nationalen konservativen Elite in Polen weit voraus waren. Der derzeitige Ton, die Art und Weise und die Themen des Streites erinnern an längst vergangen geglaubte Zeiten – jedenfalls geht das vielen Menschen in Deutschland so. Streit anzufachen ist nicht schwer, den Frieden gemeinsam zu gestalten umso mehr. Wo sind heute die mutigen Worte und Initiativen, die die Streitfragen und mentalen Blockaden überwinden helfen? Vielleicht könnte gerade auch die Kirche wieder einmal ein Zeichen setzen; die Kirche, die sich ja selbst als Sakrament, das heißt als „Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit“ (II. Vatikanum: Lumen gentium) versteht.

Sehr geehrte Damen und Herren, Verständigung und Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe zwischen Deutschland und Polen wird nur dann möglich, wenn von beiden Seiten das Bemühen um Verständnis und eine gewisse politische Rücksichtnahme im politischen Umgang miteinander gepflegt wird. Der EU-Gipfel in Brüssel hat nach heftigen Streit am Ende ein gutes Ergebnis gehabt: Es wurde eine gemeinsame Vereinbarung aller 27 Staaten getroffen zur Reform der Union. Polen und Deutschland sitzen hier Gott sei Dank im selben Boot.

Es gibt wichtige gemeinsame Herausforderungen, bei denen es auf das gute Zusammenspiel von Deutschland und Polen in Europa ankommt. Das betrifft zum Beispiel die Ostpolitik der EU. - Heute ist unter uns Aleksandr Milinkiewitsch aus Belarus, den ich herzlich grüße. Er hat mit ganz anderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Mit einer Diktatur, die die Freiheit unterdrückt.

Eine gute Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen ist auch beim Thema Energiesicherheit

und in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und natürlich in den verschiedenen Politiken in der EU dringend angezeigt, wenn es hier Fortschritte geben soll. Es liegt letztendlich an der polnischen Politik, welchen Weg Polen einschlagen wird in Europa, wie Polen sich in das Zusammenspiel der 27 Staaten einfügen wird. Bei aller Kritik, die jetzt – in manchen Punkten sicherlich mit recht - an der so genannten III. Republik geübt wird, ist festzustellen, dass die Versöhnungspolitik in der Zeit der III. Republik Polen in die Nato und die EU geführt hat. - Wohin werden die Politiker der IV. Republik Polen führen?

Angesichts der konfliktgeladenen Situation, in der Polen und Deutsche sich in Europa befinden, dürfen wir sehr gespannt sein auf die jetzt folgenden Reden und Debatten, die sich mit den Perspektiven und Herausforderungen der Europäischen Union beschäftigen werden.